

SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

04.02.2021

An:
Bürgermeister Lars König

ggf . Nummer
AN1021

- Antrag** gemäß
§ 8 Geschäftsordnung (selbständiger Antrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
zur Beratung im: AAWL, Rat
- Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

- nachrichtlich
- Bürgermeister
 Ausschussvorsitzender d.
- SPD - Fraktion
 CDU - Fraktion
 Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
 Fraktion bürgerforum+
 Fraktion AfD
 Fraktion Piraten
 Fraktion Die Linke
 Fraktion WBG
 Fraktion FDP
 Fraktion StadtKlima
 Fraktionslose Ratsmitglieder
 Integrationsrat

Betreff
Beteiligung an der Entwicklungsgesellschaft Bochum Perspektive 2022

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Beschlussvorschlag:

Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, Gespräche mit der Stadt Bochum und dem Land NRW über eine Beteiligung der Stadt Witten und anderer Nachbarkommunen an der Entwicklungsgesellschaft Bochum Perspektive 2022 aufzunehmen. Ziel ist es, die Möglichkeiten für die Schaffung eines interkommunalen Gewerbegebietes auszuloten.

Begründung:

Das Unternehmen Opel ist aus der Entwicklungsgesellschaft Bochum Perspektive 2022 ausgestiegen. Seinen Anteil (49 %) hat es der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bochum geschenkt. Die Stadt Bochum ist mit der alleinigen Finanzierung des Projektes jedoch überfordert. Diese kritische Situation für die Nachbarstadt beinhaltet auch ein großes Potenzial für die Region: die Möglichkeit, ein dringend benötigtes interkommunales Gewerbegebiet auf den Weg zu bringen.

In der Stadt Witten fehlen bekanntlich geeignete Flächen für neue Gewerbegebiete. Ein Engagement in Bochum könnte diesen Mangel beheben. Um Witten und anderen umliegenden Kommunen den Einstieg in das neue interkommunale Gewerbegebiet zu ermöglichen, wären allerdings Fördermittel nötig. Aus eigener Kraft könnten die interessierten Städte sich dort nicht engagieren.

Dem Land bietet sich hier die Chance, gleich mehreren Städten zu mehr Gewerbeflächen und damit zu einer Verbesserung ihrer Einnahmesituation zu verhelfen. Da in Bochum eine sehr große und unumstrittene Fläche zur Verfügung steht, könnten zudem in den anderen beteiligten Städten Konflikte zwischen den Interessen der Wirtschaft und dem Umwelt- und Klimaschutz bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete vermieden werden. Ein Engagement des Landes NRW an dieser Stelle kann zudem den drohenden Stillstand oder sogar das Scheitern des Großprojektes in Bochum verhindern, in das schon viele

Landesmittel geflossen sind.

SPD

gez.
Petra Schubert
Stv. Fraktionsvorsitzende

gez.
Holger Jüngst
Ratsmitglied

Bündnis 90/Die Grünen

gez.
Jan Richter
Stv. Fraktionsvorsitzender